



Neue Urner Zeitung
6460 Altdorf
041/ 874 21 60
www.urnerzeitung.ch/

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 3'681
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 306.005
Abo-Nr.: 1094543
Seite: 29
Fläche: 101'381 mm²

Jungparteien mischen immer öfter mit



Christian Imfeld, Projektmitarbeiter Kinder- und Jugendförderung beim Kanton Uri.

Bilder PD

POLITIK Uris Jungparteien spielen offensiv, halten den Ball nicht flach und geben auch Steilvorlagen. Kaum im Spiel ist jedoch zurzeit der Jugendrat Uri.

ERICH HERGER

redaktion@urnerzeitung.ch

In keinem anderen Land spielen Jungparteien eine grössere Rolle als in der Schweiz. Im Kanton Uri gibt es vier Jungparteien: die Jungfreisinnigen, die Jungsozialisten (Juso), die Junge CVP und die Junge SVP, die sich bei Wahlen und Abstimmungen immer öfter melden und einmischen. 2012 stellten sich so viele Jungpolitiker wie noch nie für die

Wahl in den Landrat, so in Erstfeld, Seedorf, Schattdorf und Altdorf. Fünf der zwölf Jungen schafften die Wahl. 2016 stehen wieder Landratswahlen an und Abstimmungen, an denen die Jungparteien aktiv teilnehmen.

Jungfreisinnige und Modellschiffe

«Mehr Freiheit. Weniger Staat.» Der alte Slogan der FDP ist der aktuelle der Jungfreisinnigen. «Wir stehen gedanklich der FDP nahe, sind aber politisch, organisatorisch und juristisch unabhängig», betont Sven Infanger, Präsident der Jungfreisinnigen Uri, die zurzeit 15 Mitglieder zählen. Parolenfassungen, Wahlen und Vernehmlassungen gehören hauptsächlich zum Programm der Jungfreisinnigen. So haben sie sich beispielsweise bei der Vernehmlassung zur Bin-

nenschiffahrt erfolgreich gegen die Einführung einer Höchstgeschwindigkeit für Modellschiffe auf dem Urnersee gewehrt. «Das mag jetzt mit einem Schmunzeln aufgenommen werden, aber es ist eben grundsätzlich zu verstehen», betont Sven Infanger.

Die Jungfreisinnigen haben kürzlich am Parteitag auch eine Wahlempfehlung für die Regierungswahlen 2016 abgegeben – für Barbara Bär, Urs Janett und Toni Epp. Nicole Cathry, Altdorf, und Nina Rufener, Erstfeld, politisieren im Landrat. Bei den Wahlen 2016 wollen die Jungfreisinnigen einen dritten Sitz gewinnen. Am 28. Februar setzen sie sich zwar für die zweite Strassenröhre am Gotthard ein, stellen sich aber vor allem gegen die Volksinitiative der Juso «Keine Spekulation mit Nahrungs-



Neue Urner Zeitung
6460 Altdorf
041/ 874 21 60
www.urnerzeitung.ch/

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 3'681
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 306.005
Abo-Nr.: 1094543
Seite: 29
Fläche: 101'381 mm²

mitteln». Aufmerksam verfolgen sie auch die Debatte zum Kinder- und Jugendförderungsgesetz, insbesondere bezüglich einer allfälligen finanziellen Unterstützung von Jungparteien und Jugend-



«Wir stehen gedanklich der FDP nahe, sind aber politisch unabhängig.»

SVEN INFANGER,
JUNGFREISINNIGE URI

verbänden. Sven Infanger: «Wir sind gegen Gesinnungssubvention.»

Juso und klassische Themen

Lohnschere. Krankenkassenprämien. Bildung. Gleichstellung von Mann und Frau. Das sind klassische Themen der Jungsozialisten. «Wir planen politische Aktionen, sammeln Unterschriften, demonstrieren und diskutieren», erklärt Niklaus Brunner. Die Juso Uri unterstützen das Referendum gegen das Nachrichtendienstgesetz und sammeln kürzlich in Altdorf Unterschriften gegen den Schnüffelstaat und für den Schutz der Privatsphäre. Man engagiert sich für die nationale Juso-Volksinitiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!» und gegen die zweite Strassentunnelröhre am Gotthard. Mitglieder der Juso Uri stehen für die Landratswahlen 2016 nicht zur Verfügung. «Wir sind eine stattliche Gruppe, aber aus beruflichen Gründen und mit Bezug zum Studium haben wir gegenwärtig die Ressourcen nicht», erklärt Brunner.

Zurzeit engagieren sie sich vor allem abseits der institutionellen Politik. Sie organisierten zusammen mit dem SRK die erste Aktion mit Asylsuchenden und Flüchtlingen. Gilles Aeberhard: «Wir wollen Menschen in besonderen Situationen helfen, mit ihnen ins Gespräch kommen,

andere Kulturen kennen lernen, ihre Probleme erkennen. Vorgesehen ist, künftig monatlich mit Asylsuchenden und Flüchtlingen etwas zu unternehmen.»

JCVP und Bischof Vitus Huonder

Seit 2012 ist die JCVP mit drei Mitgliedern im Landrat: Céline Huber, Altdorf, Simon Stadler, Altdorf, und Flavio Gisler, Schattdorf. Die Jungpartei zählt gegenwärtig 43 Mitglieder. Zum politischen Programm gehören hauptsächlich die Bildung, ein attraktiver Kanton zum Wohnen und Arbeiten, die Familienpolitik sowie die konsequente Energie- und der sorgfältige Umgang mit der Umwelt. Einen Achtungserfolg erreichte 2012 ihre Volksinitiative «Kopfstatt Parteiwahlen». Gross war das Engagement der JCVP Uri zur Verbesserung des Angebots im öffentlichen Verkehr (Tellbus und Nachtstern am Wochenende). Schweizweit viele positive Reaktionen habe der offene Brief an Bischof Vitus Huonder im Zusammenhang mit der Segnung eines homosexuellen Paares in Bürglen ausgelöst, sagt Präsident Fabian Imhof. Die JCVP Uri forderte, dass Wendelin Bucheli ohne Wenn und Aber Pfarrer von Bürglen bleiben kann.

Mitte Jahr hat die JCVP Uri die Diskussion für ein regionales Sportzentrum neu lanciert. Sie reichte eine Motion ein zur Schaffung einer Rechtsgrundlage für eine nachhaltige Finanzierung von regionalen Sport- und Freizeitanlagen. Sie kämpft gegen die zweite Strassentunnelröhre am Gotthard und beteiligt sich erneut an den Landratswahlen in Altdorf, Erstfeld, Schattdorf, Bürglen und eventuell in Flüelen.

JSVP und Standesinitiative

Seit Juni sammelt die JSVP Uri Unterschriften zur Abschaffung der obligatorischen Weiterbildungskurse für Neulenkerinnen und Neulenker (WAB-Kurse). Sie will beim Bund per Standesinitiative eine Änderung des Strassenverkehrsgesetzes erreichen. Diese Weiterbildungskurse sollen nur für diejenigen Neulenkerinnen und Neulenker obligatorisch sein, die in der Probezeit eine schwere Widerhandlung

gegen das Strassenverkehrsgesetz begehen. «Junge sollen nach der Fahrprüfung nicht noch mehr zur Kasse gebeten werden», betont Präsident Fabio Affentranger aus Altdorf.

Die JSVP Uri veranstaltete im Oktober in Bürglen eine Podiumsdiskussion zur zweiten Strassentunnelröhre am Gotthard. Die Mitglieder stehen – wie die Jungfreisinnigen – hinter der No-Billag-Initiative, denn nach ihrem Willen soll der Bund keine eigenen Radio- und Fernsehstationen betreiben und diese auch nicht subventionieren dürfen. Die JSVP unterstützt das Referendum der Mutterpartei gegen das revidierte Asylgesetz und sammelt auch Unterschriften für die SVP-Initiative «Schweizer Recht vor EU-Recht». Die JSVP Uri, die momentan rund 120 Mitglieder hat, ist auch aktiv bei den Landratswahlen 2016 (siehe auch Seite 24).

Kanton: Jugendrat und -parlament

Das Thema, wie junge Menschen ihre Stimme einbringen können, wird im Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung in Zukunft noch an Bedeutung gewinnen, heisst es von Seiten des Bundes. Dazu meint Christian Imfeld, Projektmitarbeiter Kinder- und Jugendförderung beim Kanton Uri: «Im Rahmen des vom Bund finanziell unterstützten Programms können wir beim Aufbau oder bei der Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendpolitik mithelfen. Politische Partizipation ist ein Kernpunkt.» Demokratie lebe von der Teilhabe der verschiedenen Generationen. Das Jugendparlament und die Polittour, wie sie im Kanton Uri jährlich alternierend durchgeführt würden, seien sehr sinnvolle Gefässe. «Jugendliche lernen debattieren, und sie kommen in Kontakt mit den Jungparteien», so Imfeld. An der Polittour stellen sich die Jungparteien den Mittelschülerinnen vor. Diese fand vor kurzem am Kollegi statt. Die Session des Urner Jugendparlaments wird 2016 auch vom Kanton unterstützt, da der organisierende Jugendrat gegenwärtig inaktiv ist. Die Jungparteien können mangels Zeit und Ressourcen den Lead nicht übernehmen und finden es richtig, dass das Jugendparlament ein



Neue Urner Zeitung
6460 Altdorf
041/ 874 21 60
www.urnerzeitung.ch/

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 3'681
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

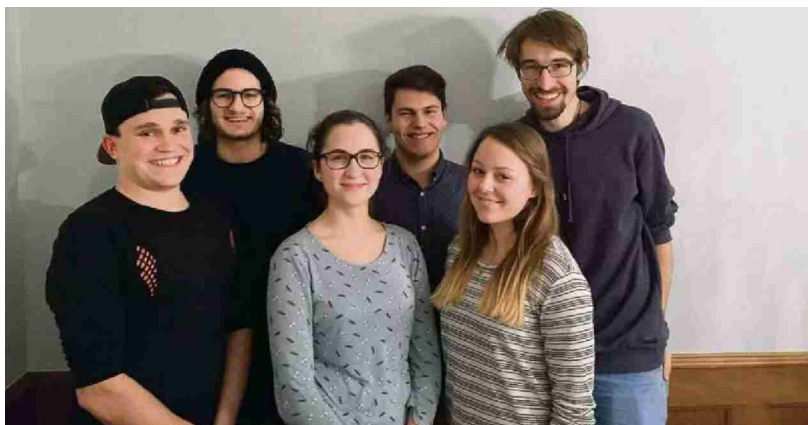
Themen-Nr.: 306.005
Abo-Nr.: 1094543
Seite: 29
Fläche: 101'381 mm²

«Politische Partizipation ist ein Kernpunkt.»

CHRISTIAN IMFELD

politisch neutrales Gefäss bleibt. «Wir haben ein grosses Interesse daran, dass das Jugendparlament bestehen bleibt. Daher helfen wir bei der Organisation mit und führen Gespräche über das weitere Vorgehen», sagt Christian Imfeld.

«So haben wir im Rahmen des Projekts über die Förderung der politischen Partizipation auch die Polittour unterstützt. Das politische Engagement der Jugend und die politische Bildung erachten wir als zentral.» Es ist das Ziel, dass der Jugendrat wieder aufgebaut wird. «Wir bemühen uns intensiv darum, dass eine Gruppe von Jugendlichen das anpackt und nachhaltig weiterführt», erklärt Christian Imfeld.



Der Vorstand der Juso Uri; von links: Nino Arnold, Elia Aregger, Nadine Walker, Gilles Aeberhard, Gabriela Bissig und Niklaus Brunner.



Präsident Fabian Imhof zusammen mit den drei JCVP-Landräten Simon Stadler, Altdorf (links), Céline Huber, Altdorf, und Flavio Gisler, Schattdorf (rechts).

Datum: 19.12.2015

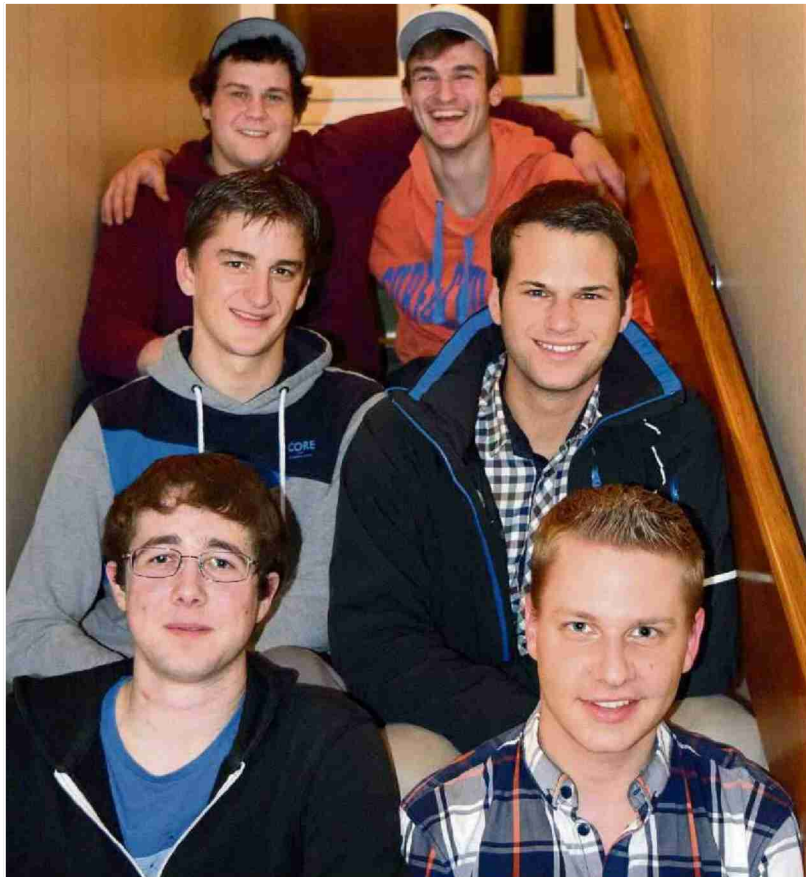
NEUE URNER ZEITUNG

Neue Urner Zeitung
6460 Altdorf
041/ 874 21 60
www.urnerzeitung.ch/

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 3'681
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Themen-Nr.: 306.005
Abo-Nr.: 1094543
Seite: 29
Fläche: 101'381 mm²



JSVP Uri; oben, von links: Ivo Schumann und Andreas Wipfli; Mitte, von links: Adrian Imholz und Ralph Wyrsh; unten, von links: Tobias Baumann und Präsident Fabio Affentranger.

Politische Partizipation

GESETZGEBUNG ehg. In der Schweiz liegt die Kinder- und Jugendpolitik in der Zuständigkeit der Gemeinden und der Kantone. Die ausser-schulische Jugendarbeit wird im Wesentlichen von nichtstaatlichen Organisationen geleistet. An dieser Aufgabenteilung soll sich nichts ändern. Das Bundesgesetz über die Förderung der ausser-schulischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen (KJFG), das am 1. Januar 2013 in Kraft trat, ermöglicht es dem Bund, privaten Trägerschaften sowie Kantonen und Gemeinden Finanzhilfen zu gewähren. So können Kantone beim Bundesamt für Sozialversicherung Unterstützung beim Aufbau oder bei der Weiterentwicklung ihrer Kinder- und Jugendpolitik beantragen. Pro Jahr unterstützt der Bund maximal vier Kantone für ein drei Jahre dauerndes Programm. 2013 haben Basel-land, Bern, Uri und das Wallis Programme für die Laufzeit 2014 bis 2016 eingereicht. Der Bund gewährt jedem dieser Kantone Finanzhilfen von maximal 450 000 Franken, beispielsweise an Projekte der politischen Partizipation.